

Deutsche Polizeigewerkschaft widerspricht Pistorius

„Argument des niedersächsischen Innenministers ist verbraucht“

Der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius hat in einem Interview mit der Fußballzeitschrift "Kicker" in der Frage zur Beteiligung an den Mehrkosten für Polizeieinsätze Partei für die DFL ergriffen. Er argumentierte mit den hohen Steuern, die die Vereine ohnehin zahlten.

Dazu sagte Jörn Schulze, Landesvorsitzender der DPoIG Bremen: "Wenn das höchste deutsche Verwaltungsgericht entscheidet, dass trotz dieser hohen Steuerleistung der Vereine der erhebliche Mehraufwand der Polizei bei Hochrisiko-Spielen dem Veranstalter (also der DFL) zugerechnet werden darf, dann verwundert es mich, dass der Minister das Mantra der DFL in seinem Interview wiederholt. Dieses Argument ist schlicht verbraucht."

Auch die Aussage, dass Polizeieinsätze vom kommerziellen Erfolg einer Veranstaltung abhängig wären, entspreche nicht den Tatsachen. Schulze dazu: "Die Einsätze der Polizei werden immer nach einer Risikobewertung mit der für den Anlass erforderlichen Präsenz stattfinden. Ein sogenanntes "Rotspiel" bleibt ein Rotspiel, und die Polizei wird nicht weniger Personal für solche Einsätze bereitstellen, wenn ein Verein möglicherweise finanziell nicht in der Lage ist, die Mehrkosten zu tragen."

Gerade deswegen plädiere die DPoIG für eine Fondslösung, an der sich alle Bundesligavereine beteiligen. So komme es zu einer fairen Lastenverteilung, denn kein Verein könne voraussehen, ob nicht in der Zukunft ein Bedarf für mehr Polizeikräfte bei eigenen Spielen entstehe:

"Wenn Zweitligaverein A, dessen Fans eine jahrzehntelange Fanfeindschaft mit den Anhängern von Erstligaverein B pflegen, aufsteigt, kann der Tag gekommen sein, an dem vermeintlich nicht betroffene Vereine vor demselben Problem stehen, wie heute schon Werder Bremen," so Schulze.

Der Gewerkschafter ist ohnehin der Auffassung, dass Bremens Fußballaushängeschild in der Auseinandersetzung mit der DFL mutiger sein sollte: "Das Gericht hat klar die DFL als Veranstalter der Spiele benannt und ihr die Verantwortung für die Kosten zugerechnet. Da sollte man doch meinen, dass sich der Verein juristisch dagegen wehren würde, dass die Kosten auf ihn abgewälzt werden."